

Fragen

für die Fragestunde der 130. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 18. Oktober 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56	König, Anne (CDU/CSU)	57
Brandner, Stephan (AfD)	4, 10	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	18, 24
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	28, 29	Kuban, Tilman (CDU/CSU)	14, 15
Bystron, Petr (AfD)	37, 38	Latendorf, Ina (DIE LINKE.)	23, 44
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	35, 36	Mack, Klaus (CDU/CSU)	46
Damerow, Astrid (CDU/CSU)	50, 51	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	3, 58
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	42, 43	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	47, 48
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	5, 6	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	17, 40
Görke, Christian (DIE LINKE.)	21, 22	Renner, Martina (DIE LINKE.)	25, 39
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	11, 32	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	7
Heck, Stefan, Dr. (CDU/CSU)	26, 27	Schattner, Bernd (AfD)	1, 2
Hirte, Christian (CDU/CSU)	49	Seitz, Thomas (AfD)	16
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	33, 41	Spahn, Jens (CDU/CSU)	20, 34
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	45, 54	Staffler, Katrin (CDU/CSU)	53
Karliczek, Anja (CDU/CSU)	8, 9	Weisgerber, Anja, Dr. (CDU/CSU)	52
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	19	Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	30, 31
		Wiener, Klaus, Dr. (CDU/CSU)	12, 13

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	17
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	18

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

1. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Wie möchte die Bundesregierung die Energiekosten in Deutschland für die Bürger wieder bezahlbar machen?

2. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Wie möchte der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck die aktuelle Abwanderung von Unternehmen aus Deutschland verhindern?

3. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD) Ergreift der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck konkrete Maßnahmen, um auf die aus meiner Sicht explodierenden Kosten des Stromimports von 2,6 Mrd. Euro seit April dieses Jahres angemessen zu reagieren, und wenn ja, welche, und wie wird hierbei insbesondere das baldige Auslaufen der Energiepreisbremse bewertet (www.nzz.ch/wirtschaft/nach-dem-deutschen-atomausstieg-kosten-fuer-stromimporte-explodieren-ld.1759240?reduced=true und www.merkur.de/wirtschaft/energiepreisbremse-verbaende-warnen-koalition-habeck-verivox-gaspreise-deutschland-zr-92560223.html, jeweils abgerufen am 6. Oktober 2023)?

4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche Maßnahmen ergreift das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, um selbst Klimaschutz umzusetzen?

5. Abgeordneter
**Dr. Thomas
Gebhart**
(CDU/CSU) Weshalb möchte die Bundesregierung das Bundes-Klimaschutzgesetz dergestalt ändern, dass Maßnahmen erst beschlossen werden müssen, wenn die Jahresemissionsgesamtmengen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren überschritten werden?

6. Abgeordneter
**Dr. Thomas
Gebhart**
(CDU/CSU) Weshalb hat die Bundesregierung keine gesonderten Klimaschutzsofortprogramme für die Sektoren Gebäude und Verkehr beschlossen, wie es in § 8 Absatz 1 des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) aufgrund des Überschreitens der zulässigen Jahresemissionsmengen vorgeschrieben ist, und wie rechtfertigt die Bundesregierung, dass die im Klimaschutzprogramm enthaltenen Maßnahmen für die Sektoren Gebäude und Verkehr nach der Beurteilung des Expertenrats für Klimafragen nicht die in § 8 Absatz 1 KSG vorgeschriebene Anforderung an das Ausmaß der Treibhausgasmindering erfüllen?

7. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche Förderangebote plant die Bundesregierung in den neuen Förderrichtlinien zur 2. Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), und wann werden diese Förderrichtlinien verabschiedet?
8. Abgeordnete
Anja Karliczek
(CDU/CSU)
- Warum wurde im Entwurf des Bundeshaushaltes für 2024 die Zuwendung an die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. (DZT), die weltweit für Reisen nach Deutschland wirbt, massiv um etwa 15 Prozent von 40,6 Mio. Euro im Jahr 2023 auf 34,5 Mio. Euro gekürzt, obwohl sich der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck wiederholt öffentlich sehr positiv darüber geäußert hat, wie weltweiter Tourismus helfen kann, Vorurteile abzubauen, Horizonte zu erweitern und Frieden zu fördern (so zum Beispiel bei der Auftaktveranstaltung der „Nationalen Plattform Zukunft des Tourismus“ am 11. Mai 2023)?
9. Abgeordnete
Anja Karliczek
(CDU/CSU)
- Hat sich der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck mittlerweile gegen den Vorschlag der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser zur weitgehenden Abschaffung der Hotelmeldepflicht eingesetzt, da diese nur für deutsche Staatsbürger gelten kann, während Gäste aus dem Ausland aber aufgrund des Schengener Durchführungsübereinkommens weiterhin zum eigenhändigen Ausfüllen von Meldevordrucken verpflichtet bleiben und damit diskriminiert würden und weil ohne die Meldepflicht Ländern und Kommunen die Grundlage für die Erhebung von Kurtaxen und Gästekarten sowie für die statistische Erfassung der Gästeübernachtungen fehlen würden, und sich stattdessen für eine wie von der CDU/CSU-Fraktion geforderte schnelle Digitalisierung der Hotelmeldepflicht eingesetzt, und wenn nein, warum nicht?
10. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Geht das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz davon aus, dass wir uns in einer Rezession befinden bzw. diese erwarten, und wie begründet es seine Ansicht (www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/eu-kommission-konjunkturprognose-104.html)?
11. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Wann kann man mit der vom Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck angekündigten Importstrategie für Wasserstoff rechnen, und wie gewährleistet die Bundesregierung, dass die Farbenlehre beim Wasserstoffhochlauf nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis ermöglicht wird?

12. Abgeordneter
Dr. Klaus Wiener
(CDU/CSU)
- Wie erklärt das Bundeswirtschaftsministerium, dass Deutschland signifikant langsamer wächst als vergleichbare Volkswirtschaften, wie jüngst die aktuelle Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestätigt hat, und mit welchen Maßnahmen, die nicht erst in fünf bis zehn Jahren wirken, will das Bundeswirtschaftsministerium diesem Trend begegnen, der sich auch mittelfristig in Form eines geringen Wachstumspotenzials zu etablieren droht?
13. Abgeordneter
Dr. Klaus Wiener
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung die Analyse der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2023 oder jüngst des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung bekannt, wonach die Firmen von hoher Unsicherheit sprechen, die teilweise politikinduziert ist und im Kontext der Energiewende steht, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
14. Abgeordneter
Tilman Kuban
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz eine Position dazu, dass ein großes deutsches Wohnungsunternehmen wie die LEG Immobilien SE im Zuge der GEG-Diskussionen nun Split-Klimaanlagen statt Wärmepumpen in seinen Immobilien verbaut, und liegen dem Bundesministerium Daten vor, ob sich der Absatz von Wärmepumpen in Deutschland nach Verabschiedung des geänderten Gebäudeenergiegesetzes erhöht oder verringert hat?
15. Abgeordneter
Tilman Kuban
(CDU/CSU)
- Gibt es bei der Strompreiskompensation 2023 über die von der EU bereitgestellten Beihilfemittel von 3 Mrd. Euro zusätzliche Belastungen im Bundeshaushalt?
16. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Wird sich der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck wie von dem Abgeordneten Michael Georg Link (Heilbronn) (Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und stellvertretender Fraktionsvorsitzender für internationale Politik der FDP-Fraktion) und Michael Kruse (energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion) gefordert, für eine Beendigung des Flüssiggas-Liefervertrages mit Katar, das als finanzieller wie ideeller Förderer der Terrororganisation Hamas gilt, aussprechen, und zieht der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck als mögliche Alternative die geforderte Gas-Förderung in der Nordsee in Betracht (www.bild.de/politik/inland/politik-inland/wegen-hamas-finanzierung-aus-katar-fdp-will-gas-deal-mit-terror-staat-stoppen-85718932.bild.html)?

17. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche Richtlinien (EU) sind nach Auffassung der Bundesregierung seit dem 8. Dezember 2021 in der Umsetzungsform „1:1 Umsetzung“ und welche Richtlinien in der Umsetzungsform „Draufsatteln“ und somit überschießend umgesetzt worden?
18. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Energieträger und Erzeugungsarten sollen nach Kenntnis der Bundesregierung im Winter 2024/2025 den Einsatz von Kohlekraftwerken überflüssig machen, und welcher Anteil der dazu benötigten Strommenge soll durch Importe gedeckt werden (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-habeck-verteidigt-reaktivierung-von-braun-kohle-reserve-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231012-99-532713)?
19. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie erklärt der Bundeswirtschaftsminister die Tatsache, dass Deutschland in diesem Jahr von allen führenden Wirtschaftsnationen beim Wirtschaftswachstum am schlechtesten abscheiden wird, und welche Faktoren sind in Deutschland anders als in allen anderen Ländern?
20. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wie häufig und aus welchen Gründen sind nach Kenntnis der Bundesregierung innerhalb des vergangenen Jahres sogenannte Lastabwürfe zur Stabilisierung der Stromnetze erfolgt?
21. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Auf welche Summe wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung die finanzielle Mehrbelastung der Verbraucher im Jahr 2024 durch die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme zum 1. Januar 2024 im Vergleich zum Jahr 2023 belaufen (bitte volle Jahreswirkung angeben), und auf welche Summe belaufen sich die bisherigen Einnahmen im Jahr 2023 aus der Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

22. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind nach Einschätzung der Bundesregierung die zu erwartenden Steuermehr- bzw. -mindereinnahmen in ihrer vollen Jahreswirkung durch die Umsetzung der globalen Mindeststeuer jeweils für die Kommunen, die Länder und den Bund bis 2028 (bitte tabellarisch auflisten), und plant die Bundesregierung anderweitige steuerliche Reformen, um etwaige Steuermindereinnahmen für die Kommunen zu kompensieren?
23. Abgeordnete
Ina Latendorf
(DIE LINKE.)
- In welchen Staaten war bzw. ist die BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH im Rahmen ihrer Auslandsberatung seit 1992 mit welcher Zielstellung tätig (bitte nach Jahr, Staat und Zielstellung auflisten)?
24. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Ist die Bundesrepublik Deutschland über die UBG Uniper Beteiligungsholding GmbH nach Kenntnis der Bundesregierung nach wie vor Betreiber und Miteigentümer der fünf russischen Gas- und Kohlekraftwerke Berezovskaya/Berjosowskaja GRES, Schaturskaja GRES, Smolenskaya, Surgutskaya und Yaivinskaya, und sollte dies der Fall sein, in welcher Weise entspricht dies der Sanktionspolitik der Europäischen Union und Deutschlands (www.uniper.energy/de/russland)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

25. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Haben Vertreter, Beauftragte oder Vertriebspartner des Unternehmens Insanet Limited/Israel bzw. deren Vertriebspartner Candiru Limited/Israel Behörden oder Stellen des Bundes bzw. von jenen Beauftragten oder Vertretern die von ihnen entwickelten und vertriebenen Softwareprodukte zur Infiltration und Überwachung informationstechnischer Systeme und Netzwerke wie das Programm „Sherlock“ vorgestellt, vorgeführt oder zur Prüfung und Begutachtung, auch anlässlich einer Marktsichtung, zur Verfügung gestellt, und wenn ja, wann welchen Behörden bzw. Stellen (www.golem.de/news/staatstrojaner-2-0-sherlock-infiltriert-alle-geraeteklassen-ueber-werbeanzeigen-2309-177721.html; netzpolitik.org/2023/advertising-intelligence-staatstrojaner-per-online-werbung/; www.haaretz.com/israel-news/2023-09-14/ty-article-magazine/.highlight/revealed-israeli-cyber-firms-developed-an-insane-new-spyware-tool-no-defense-exists/0000018a-93cb-de77-a98f-ffdf2fb60000)?
26. Abgeordneter
Dr. Stefan Heck
(CDU/CSU)
- Inwiefern hat der Leiter der Zentralabteilung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat zur Niederschrift des „Gedächtnisprotokolls“ über sein Gespräch vom 2. März 2023 mit der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 10/13 auf Bundestagsdrucksache 20/8804) auf schriftliche Aufzeichnungen in seiner Arbeitskladde o. Ä. zurückgegriffen (bitte ggf. Wortlaut der vollständigen Notizen zu seinem Gespräch mit der Bundesministerin wiedergeben), und wurde die Darstellung des Gesprächs in den Akten nachträglich verändert (bitte ggf. nach Zeitpunkt und nach Mitarbeitern, die die Veränderung veranlasst haben, aufschlüsseln)?
27. Abgeordneter
Dr. Stefan Heck
(CDU/CSU)
- Wie erklärt das Bundesministerium des Innern und für Heimat die Divergenzen in der Interpretation des Gesprächs zwischen dem Leiter der Zentralabteilung und der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser vom 2. März 2023, wie sie einerseits in dem Vermerk des Leiters der Zentralabteilung vom 3. März 2023 und andererseits in der Antwort auf meine Schriftliche Frage 10/13 auf Bundestagsdrucksache 20/8804 wiedergegeben ist, und welche Stellungnahme hat der Leiter der Zentralabteilung zu diesen Divergenzen gegebenenfalls abgegeben (bitte ggf. zum Inhalt der Stellungnahme ausführen)?

28. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)

Ist die Regelung zur Wohnsitzauflage bei anerkannten Flüchtlingen mit EU-Recht, das solche Auflagen nur dann für zulässig erachtet, wenn sie einer besseren Integration dienen würden (vgl. Plenarprotokoll 18/182, S. 17960, Anlage 5 zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 18/8998), vereinbar, vor dem Hintergrund, dass eine entsprechende Evaluierung des Bundesamts für Migration und Flüchtlingen zu dem Ergebnis kommt, dass die Wohnsitzregelung „sehr wahrscheinlich nicht integrationsfördernd wirkt“ und sie sich insbesondere negativ bei der Wohnraumversorgung und bei integrationsfördernden Umzügen auswirkt (www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Beitragsreihe/beitrag-band-13-evaluation-wohnsitzregelung.pdf?__blob=publicationFile&v=7, S. 1; bitte ausführlich begründen), und wie begründet die Bundesregierung angesichts der genannten Evaluationsergebnisse und in Anbetracht der Vorgaben des EU-Rechts, dass die Wohnsitzregelung für anerkannte Flüchtlinge dennoch nicht abgeschafft, sondern vielmehr durch eine sofortige Vollziehung der Auflage noch verschärft werden soll (vgl. den Referentenentwurf für ein „Rückführungsverbesserungsgesetz“, www.bmi.bund.de, Artikel 1, Nummer 18, bitte begründen)?

29. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)

Wie viele Personen wurden im bisherigen Jahr 2023 aus Deutschland abgeschoben (bitte nach den zwölf wichtigsten Zielstaaten aufschlüsseln sowie zwischen Linienflügen und Charterabschiebungen differenzieren und in jedem Fall Angaben zu den Zielstaaten Irak und Russland machen), und was ist der Bundesregierung über Bemühungen einzelner Bundesländer bekannt, wieder nach Russland abzuschicken (www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/abschiebungen-russland-100.html, bitte exemplarisch Angaben dazu machen, welche Bundesländer versuchen, Personen nach Russland abzuschicken, welche Absprachen es dazu nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen den Ländern gibt, unter welchen Umständen Abschiebungen nach Russland durchgeführt werden können, etwa mit Zwischenlandung in Serbien oder Aserbaidschan, begleitet bzw. unbegleitet, ob davon ausschließlich „Straftäter“ und „Gefährder“ betroffen sind usw.)?

30. Abgeordnete
**Annette Widmann-
Mauz**
(CDU/CSU)
- Wie unterstützt die Bundesregierung in Deutschland lebende belarussische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die seit Inkrafttreten eines neuen belarussischen Dekrets zur Ausstellung von Passdokumenten seit dem 7. September 2023 zur Verlängerung ihres für den nationalen Aufenthaltstitel erforderlichen, gültigen belarussischen Reisepasses fortan nach Belarus reisen müssen, und erwägt sie die Ausstellung von Ersatzpapieren?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

31. Abgeordnete
**Annette Widmann-
Mauz**
(CDU/CSU)
- Welche Aufgaben erfüllt und welche Maßnahmen ergreift die im Auswärtigen Amt angesiedelte „Botschafterin für feministische Außenpolitik und Beauftragte für Menschenrechte“ konkret mit Blick auf die Vergewaltigung und Verschleppung von Frauen und Mädchen in Israel durch die Hamas?
32. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Woran scheidet die Europäische Einigung, insbesondere in Bezug auf die aktuellen Streitigkeiten mit Frankreich, wenn die Bundesregierung, nach Aussagen des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, für den Wasserstoffhochlauf die ganze Bandbreite der Potenziale nutzen möchte?

33. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Unterstützt die Bundesregierung die Aufforderung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes an alle Konfliktparteien in Israel und den palästinensischen Gebieten, alles zu tun, um Zivilisten und zivile Objekte vor weiterem Schaden zu bewahren (icrc.org „Israel and Occupied Territories: People caught in rising violence need your help.“, www.icrc.org/en/document/israel-and-occupied-territories-people-caught-in-rising-violence-need-your-help), und wie positioniert sich die Bundesregierung zur deutlichen Kritik des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Volker Türk, des Hohen Vertreters der EU-Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, und des UN-Generalsekretärs, António Guterres, an der kompletten Blockade des Gazastreifens (sueddeutsche.de „Minister: Kein Wasser für Gaza ohne Rückkehr der Geiseln“, www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-minister-kein-wasser-fuer-gaza-ohne-rueckkehr-der-geiseln-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231012-99-535680; zdf.de „UN kritisieren Israels Gaza-Blockade“, www.zdf.de/nachrichten/politik/un-gaza-israel-palaestina-amas-100.html; politico.eu „Israel is acting against international law, says Borrell“, www.politico.eu/article/israel-acting-against-international-law-says-eu-diplomat-josep-borrell/; reuters.com „UN chief ‚deeply distressed‘ by planned Israeli siege of Gaza“, www.reuters.com/world/middle-east/un-chief-deeply-distressed-by-planned-israeli-siege-gaza-2023-10-09/)?
34. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung, wie von Bundesministerin Annalena Baerbock vorgenommen (www.tagesschau.de/ausland/asien/baerbock-china-botsch-afterin-einbestellung-100.html), die Bezeichnung des Präsidenten der Volksrepublik China, Xi Jinping, als „Diktator“?
35. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung die nach den verbrecherischen Angriffen der Hamas von Israels Verteidigungsminister Joav Gallant am 9. Oktober 2023 verfügte Totalblockade gegen die 2,3 Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser im Gazastreifen („Es wird keinen Strom, keine Lebensmittel und keinen Treibstoff geben.“, www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/israel-verhaengt-blockade-gegen-gaza-kein-strom-kein-wasser-keine-lebensmittel-li.2147538) einschließlich der Abstellung der Wasserzulieferung vor dem Hintergrund angekündigter deutscher Waffen- und Munitionslieferungen an Israel vom humanitären Kriegsvölkerrecht gedeckt (www.n-tv.de/politik/UN-Gazastreifen-Belagerung-verstoesset-gegen-Voelkerrecht-article24453720.html)?

36. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung mit Blick auf deutsche Waffen- und Munitionslieferungen an Israel den Aufruf der israelischen Armee an die 1,1 Millionen Bewohner im nördlichen Gazastreifen, das Gebiet binnen 24 Stunden zu räumen, vom humanitären Völkerrecht (Kriegsvölkerrecht) gedeckt vor dem Hintergrund, dass die Umsetzung dieser Anordnung laut Vereinten Nationen „verheerende humanitäre Konsequenzen“ nach sich ziehen würde (www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-gaza-evakuierung-100.html)?
37. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung in China politische Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen oder Einzelpersonen, die, ähnlich wie in Deutschland, eine verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates betreiben, und wenn ja, welche (vgl. Bundestagsdrucksache 20/8101)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

38. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Wurde das Institute for Strategic Dialogue seit 2016 von der Bundesregierung gefördert, und wenn ja, in welcher Höhe (bitte nach Jahresscheiben aufschlüsseln und Haushaltstitel mit Einzelplan angeben)?
39. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Gegen wie viele gesondert Verfolgte werden im Zusammenhang mit den derzeit vor dem Oberlandesgericht Koblenz verhandelten Anklagevorwürfen gegen Mitglieder der mutmaßlich rechtsterroristischen Vereinigung „Vereinte Patrioten“ nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit Ermittlungen geführt (www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/razzien-reichsbuerger-100.html), und sind gegen diese gesondert Verfolgten Haftbefehle erlassen worden (bitte nach Art der Haftbefehle und deren Vollziehung auflisten)?

40. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche Straftatbestände und welche Strafmaße für die Aktivitäten von Klima-Aktivisten auf Flughäfen streben die Bundesminister Dr. Marco Buschmann und Dr. Volker Wissing in einem gemeinsamen Schreiben an Bundesministerin Nancy Faeser konkret an (Bild am Sonntag vom 8. Oktober 2023, Seite 15, Titel: „Lufthansa fordert von Klimaklebern 120.000 Euro Schadensersatz“), und, falls die beiden Bundesminister die Einbeziehung von Haftstrafen anstreben, wieso hat es ein knappes Jahr gedauert, bis Bundesminister Dr. Marco Buschmann diese Position an die Bundesministerin Nancy Faeser herantragen hat (vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article241916911/Buschmann-haelt-Gefaengnisstrafen-fuer-Klima-Aktivisten-fuer-moeglich.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

41. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Details (Hersteller, Modell, Typ, Einsatzprofil, Fähigkeiten, Bewaffnung) kann die Bundesregierung über die 50 von der Parlamentarischen Staatssekretärin Siemtje Möller angekündigten Überwasserdrohnen, die an die Ukraine geliefert werden sollen, mitteilen (forbes.com „Ukraine Promised Drone Boat Fleet By Germany. It May Be Weapons Not Yet Seen.“, www.forbes.com/sites/davidhambling/2023/09/21/germany-to-supply-ukraine-with-drone-boats--but-where-will-it-get-them/), und welche Überwasserdrohnen (bitte ebenfalls Hersteller, Modell, Typ, Einsatzprofil, Fähigkeiten, Bewaffnung angeben) befinden sich im Bestand der Bundeswehr, sollen für die Bundeswehr beschafft werden oder befinden sich gegenwärtig in der Erprobung?
42. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Wie viele Mehrfachraketenwerfer des Typs MARS II aus Beständen der Bundeswehr hat die Bundesregierung als militärische Unterstützung der Ukraine zugesagt (bitte jeweils Datum, an dem die Zusage öffentlich wurde, sowie die jeweils versprochene Anzahl an Mehrfachraketenwerfern angeben), und in welchen Zeitlinien plant die Bundesregierung die entsprechende Ersatzbeschaffung (bitte mit Angabe der geplanten 25-Millionen-Euro-Vorlage an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages sowie des Zulaufs des ersten und des letzten ersatzbeschafften Mehrfachraketenwerfers beantworten)?

43. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Welche Besoldungsstruktur lag bzw. liegt den Dienstposten der Organisationseinheiten LStab, Stab InfoA, Büro Sts Zimmer inkl. Task Force Beschaffungswesen, Büro Sts Hilmer, Büro des GenInsp, Büro PSts Möller, Büro PSts Hitschler, LZ BMVg (hier nur zum ersten Stichtag) sowie PlaFüStab Ltg (hier nur zum zweiten Stichtag) – ohne Berücksichtigung der (ehemaligen) Organisationseinheiten Stab Strategische Steuerung Rüstung sowie Stab Organisation und Revision – des Bundesministeriums der Verteidigung zu den Stichtagen 30. Mai 2023 sowie 13. Oktober 2023 zugrunde (bitte summierte Anzahl der Dienstposten aller genannter Organisationseinheiten, differenziert nach Besoldungsgruppen A13h, A14, A15, A16, B3, B6, B7, B9, B10, B11 sowie weitere Besoldungsgruppen [einfacher, mittlerer und gehobener Dienst zusammen] inkl. tariflicher Äquivalente angeben), und ist es zutreffend, dass die Position des Stellvertreters des Abteilungsleiters Ausrüstung (A) aktuell nicht nachbesetzt werden kann, weil die entsprechend notwendige B7-Planstelle nach Pensionierung des letzten Amtsinhabers inzwischen vom Leiter des Planungs- und Führungsstabs besetzt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

44. Abgeordnete
Ina Latendorf
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Ausbreitung des Jakobs-Kreuzkrautes (*Jacobaea vulgaris*), und welche Maßnahmen ergreift sie, um diese Ausbreitung gegebenenfalls einzudämmen?
45. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele 5G-Campusnetze wurden im Agrarbereich bislang errichtet, und wie sieht die Strategie der Bundesregierung aus, dies weiterzuentwickeln?

46. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung für die Einführung einer verpflichtenden Identitätsüberprüfung von Heimtieren für den Onlinehandel und die Aktualisierung der Leitlinien für Tierbörsen entsprechend ihrer Absichtserklärung aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom November 2021, dass die Bundesregierung sich für die Einführung einer verpflichtenden Identitätsüberprüfung für den Onlinehandel mit Heimtieren ausspricht und die Leitlinien für Tierbörsen aktualisieren will, bisher unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

47. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Welche konkreten finanziellen Auswirkungen prognostiziert die Bundesregierung infolge der von der Ampel-Koalition beschlossenen, starken Absenkung der im ersten Pflegestärkungsgesetz festgelegten Zuführung von jährlich 0,1 Prozent der Pflegeversicherungsbeiträge (etwa 1,2 Mrd. Euro/Jahr) in den Pflegevorsorgefonds in den Jahren 2024 bis 2027, und wie genau will die Bundesregierung die 4 Mrd. Euro Mindereinnahmen des Pflegevorsorgefonds im Sinne künftiger Generationen kompensieren?
48. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Welche Bundesländer haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2012 bis 2022 welchen Defizitbetrag (pro Land jeweils aufsummierter Gesamtbetrag in diesem Zeitraum; bitte einzeln nach Ländern aufschlüsseln) aus ihrer vom Grundgesetz abgeleiteten Verpflichtung zur Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser aufzuweisen, und welche Druck- bzw. Sanktionsmittel stehen dem Bund zu, die Länder zur vollständigen Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser anzuhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

49. Abgeordneter
Christian Hirte
(CDU/CSU)
- Hält das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz – trotz des eindeutigen Votums des Koalitionspartners FDP für künstliche Kraftstoffe – an seiner ablehnenden Haltung zu sauberen, synthetischen Kraftstoffen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge fest?
50. Abgeordnete
Astrid Damerow
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen zwischen dem Bund und den betroffenen nördlichen Bundesländern hinsichtlich der kurz-, mittel- und langfristigen Verteilung der anfallenden Kosten für die Entsorgung von Altmunition in Nord- und Ostsee (bitte die letzten zehn Termine, an denen entsprechende Verhandlungen stattgefunden haben, sowie jeweils den höchsten Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz bei den Verhandlungen angeben), und von welchen Gesamtkosten für die Entsorgung von Altmunition in Nord- und Ostsee geht die Bundesregierung zum jetzigen Stand aus?
51. Abgeordnete
Astrid Damerow
(CDU/CSU)
- Mit welchen Unternehmen, die für den Bau einer Offshore-Plattform zur Munitionsentsorgung in Nord- und Ostsee infrage kommen, hat die Bundesregierung seit dem 1. Januar 2022 zu der genannten Plattform-Thematik Gespräche geführt (bitte die letzten zehn Termine, an denen entsprechende Gespräche stattgefunden haben, angeben, sowie jeweils das entsprechende Unternehmen benennen), und wann könnte eine entsprechende Offshore-Plattform nach Kenntnis der Bundesregierung bei schnellstmöglicher entsprechender Beauftragung frühestmöglich in den Wirkbetrieb gehen?
52. Abgeordnete
Dr. Anja Weisgerber
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung konkret, um die deutschen Mehrwegsysteme bei den Verhandlungen über die EU-Verpackungsverordnung in ihrer bewährten Funktionsweise zu erhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

53. Abgeordnete
Katrin Staffler
(CDU/CSU) Mit welcher politischen Zielsetzung hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger Gespräche mit Vertretern der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) am 12. September 2023 (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 23-10-0022 auf Bundestagsdrucksache 20/8804) geführt, und welche Ergebnisse resultierten aus diesen Gesprächen?
54. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU) Wann werden die Entscheidungen für die DATI-pilot-Innovationssprints getroffen, und wie viele Anträge wurden in diesem Modul insgesamt gestellt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

55. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Mit welcher finanziellen Unterstützung (bitte unter Angabe der Höhe beantworten) des Bundes können die Bundesländer rechnen, um „die Geschwindigkeit für Baugenehmigungen“ weiter zu erhöhen sowie „Aktenberge in den Bauämtern“ zu reduzieren, wie beim Bündnis-Tag für bezahlbaren Wohnraum am 25. September 2023 im Bundeskanzleramt von der Bundesregierung unter Punkt 13 beschlossen wurde, und wie setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass solche Stellen im öffentlichen Dienst besser bezahlt werden, um Bewerberinnen und Bewerber anzulocken?
56. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Erachtet die Bundesregierung öffentliche Investitionsgesellschaften zur Finanzierung von Investitionen in Wohnraum (www.boeckler.de/de/presse-mitteilungen-2675-offentliche-investitionsgesellschaften-27688.htm) für sinnvoll, und plant sie, diese zu nutzen?

57. Abgeordnete
Anne König
(CDU/CSU)
- Inwieweit gibt es innerhalb der Bundesregierung erneut Streit um das kürzlich beschlossene Gebäudeenergiegesetz, und bis wann werden welche Änderungen in einem Gesetzentwurf dem Deutschen Bundestag vorgelegt, da laut Bundesministerin Klara Geywitz es als dringend überarbeitungsbedürftig einstuft (www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/klara-geywitz-heizungsgesetz-ueberarbeiten?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

58. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche Konsequenzen zieht Bundeskanzler Olaf Scholz aus der kürzlich bekannt gewordenen Einstellung von Ermittlungen Ende 2022 seitens der Staatsanwaltschaft Köln in Sachen Cum-Ex bzw. Warburg Bank hinsichtlich der Begründung laut Aktenvermerk, dass lediglich „Mit Rücksicht auf die Stellung“ als Bundeskanzler „ein weiteres Zuwarten (...) nicht länger vertretbar“ erschien (vgl. apollo-news.net/mit-ruecksicht-auf-die-stellung-der-dubiose-stopp-der-scholz-untersuchung/ und www.merkur.de/politik/dokumente-scholz-cum-ex-affaere-warburg-bank-brorhilker-ermittlungen-s-teuerhinterziehung-92556026.html, jeweils abgerufen am 6. Oktober 2023)?

